

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturten hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigengeld. Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamazeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postkto. Stuttgart 5788 / Telegr.-Nr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 33

Altensteig, Donnerstag, den 9. Februar 1933

56. Jahrgang

Das Volk soll entscheiden

Zu den Wahlen am 5. und 12. März

Mit der Abjektivung der preussischen „Hohheitsregierung“ und der Auflösung des Preussischen Landtages ist das letzte Stadium der vorbereitenden politischen Entwicklung abgeschlossen. Es war für jeden politisch Einsichtigen ohne weiteres klar, daß nach der Bildung der neuen Reichsregierung die politische Entscheidung gegenüber dem Reichstag in irgend einer Form getroffen werden mußte. Gewiß war die Auflösung und die Ausschreibung der Neuwahlen wahrscheinlich, doch wäre immerhin auch ein anderer Weg denkbar gewesen. Nachdem nun aber einmal auf Drängen der NSDAP hin die Entscheidung zugunsten der Neuwahlen gefallen war, ergab sich für die weitere Etappe die Bereinigung des Verhältnisses vom Reich zu Preußen, politisch gesehen, gar keine andere Möglichkeit mehr, als die, die nun beschritten worden ist.

Man muß bei der Beurteilung der bisherigen und der wahrscheinlichen künftigen Entwicklung die politischen Momente von den juristischen trennen. Die Weimarer Koalition, die seit 1919 ununterbrochen in Preußen regiert hat, für wenige Jahre gelegentlich erweitert zur Großen Koalition, hat das letzte Sockelwerk, das ihr in den Ländern verblieben war, mit Hörnern und Zähnen verteidigt. Durch die Aenderung der Geschäftsordnung am 12. April des vorigen Jahres, knapp 14 Tage vor den Neuwahlen, ist jedoch das eigentliche Moment der Unruhe geschaffen worden, die noch immer nicht zum Abbruch gekommen ist. Das Eintreten des Reiches am 20. Juli war zweifellos, entwicklungsgeichtlich gesehen, eine Notwendigkeit und ihre Erkenntnis wäre den weitesten Volkskreisen aufgegangen, wenn dem ersten Schritt weitere gefolgt wären. Das Urteil des Staatsgerichtshofes warf aber diese Entwicklung fast um die Hälfte der Wegspanne wieder zurück. Und zu dem Dualismus zwischen Reich und Preußen gesellte sich noch der Dualismus an der preussischen Spitze, der je länger je mehr, wirklich unerträgliche Zustände schuf. Seinen sinnfälligen Ausdruck hat dieses Nebeneinander in der Groteske der Verleihung der Staatsmedaille an Gerhard Hauptmann gefunden. Immerhin war dies nur eine Neuenjählichlichkeit, über die man mehr lachte als sich entrüstete. Schlimmer war es bei den jährlichen Problemen, von denen nicht zuletzt die Frage, welche der beiden Regierungen eigentlich berechtigt sei, einen Staatshaushaltsplan vorzulegen, notwendigerweise bei der Beratung im Parlament zu einem der schärfsten Konflikte hätte führen müssen.

Beide streitenden Teile, die sich nun noch einmal vor dem Staatsgerichtshof treffen werden, berufen sich auf die Begründung des Urteils vom 25. Oktober 1932. In dieser Begründung steht aber u. a. auch der Satz, daß es beim Preussischen Landtag stehe, zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen preussischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende bereitet werden könne. Hier ist der tiefste Kern des Streites zu suchen und zu finden. Ueber zehn Monate besteht der Preussische Landtag, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, ernstlich an die Bildung einer Landesregierung zu denken. Statt dessen erlebte man, wenn es überhaupt zu Sitzungen kam, Lärm- und Schimpfereien von solchem Ausmaße, daß die Unterbrechung der Sitzung zur Regel wurde. Der Preussische Landtag hat verjagt. Um dieses objektive Urteil kommt man nicht herum, wenn man die abgelaufenen zehn Monate noch einmal am rückwärtigen Bild vorbeiziehen läßt. Und obwohl sich der Landtag ganz zweifellos darüber im Klaren war, daß er ein gefährliches Spiel trieb und welches infolgedessen sein Schicksal sein würde, geschah auch weiterhin nichts.

So mußten denn, zumal nach der Entwicklung, die die Dinge im Reich genommen hatten, auch die preussischen Dinge laufen, wie sie nun gelaufen sind. Man wird annehmen dürfen, daß die juristische Untermauerung diesmal sorgfältiger berechnet und ausgeführt worden ist als das erstemal. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn die Reichsregierung bei der neuen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof eine ähnliche Niederlage einstecken müßte wie am 25. Oktober. Nichts ist für einen Staat und für eine Regierung gefährlicher, als wenn ihre politischen Entscheidungen durch juristische Entscheidungen geändert, halbiert oder gar aufgehoben werden. Immerhin wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Entscheidung in Leipzig erst nach den Wahlen fallen. Zuvor hat das Volk, hat der Wähler das Wort, um sich dann durch seine Stimmenabgabe zu entscheiden, welche Auffassung er billigt. Die Wähler Preußens haben vor den übrigen Wählern im Reich dabei noch den „Vorzug“, daß sie binnen acht Tagen

Der Reichskanzler vor deutschen Pressevertretern

Berlin, 8. Febr. Reichskanzler Adolf Hitler empfing am Mittwoch nachmittag mehrere Vertreter führender deutscher Tageszeitungen. Der Berliner Vertreter der „Völkischer Kampfrichter“ berichtet darüber:

Der Empfang fand in den schlichten Räumen der neuen Reichskanzlei statt. Außer dem Reichskanzler waren zugegen Staatssekretär Lammer, der Presseschef der Reichsregierung, der Leiter des Inlandreferates der Presseabteilung, Geheimrat Dr. Selbe, der dem Kanzler die einzelnen Herren vorstellte, außerdem Ministerialdirektor Hunt und der Presseschef der nationalsozialistischen Partei, Dr. Dietrich Dittler begrüßte zunächst die Vertreter der Presse durch Händedruck und nahm dann das Wort zu einer längeren Ansprache. Der Reichskanzler legte darin ein grundständiges und sehr detontes Bekenntnis zur Pressefreiheit ab mit der Begründung, daß eine sachlich und persönlich lokale Kritik auch von ihm als notwendig und wünschenswert anerkannt werde. Dittler drückte in diesem Zusammenhang sein Bedauern darüber aus, daß trotzdem sehr scharfe allgemeine Bestimmungen gegen die Pressefreiheit notwendig geworden seien. Das Verhalten einzelner Organe der Linken habe ihn aber dazu veranlaßt.

In der Ansprache fand ferner der tiefe Glaube des Kanzlers an die politische Mission der neuen Reichsregierung seinen Niederschlag. In diesem Zusammenhang zog Dittler eine historische Parallele zu der Zeit 1800 bis 1870, in der sich auch gewalttätige Ereignisse vollzogen hätten, ohne daß ein Teil der deutschen öffentlichen Meinung die Dinge immer richtig beurteilt habe. Auch die Bedeutung der gewalttätigen Verhältnisse Richard Wagner, dessen 50. Todestag am kommenden Sonntag von der Reichsregie-

rung in Leipzig und Weimar feierlich begangen werde, sei erst jetzt allgemein anerkannt worden.

Dittler unterzog ferner die gegenwärtige politische Lage einer kurzen Unterjuchung und verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß gegen die Regierung Dittler wohl eine Mehrheit zustande kommen könnte, die aber rein negativen Charakter hätte. Die einzige Mehrheit, die zu positiver Leistung imstande sei, sei die, die sich zu der amtierenden Reichsregierung bekenne. Der starke Glaube, von dem der Reichskanzler durchdrungen ist, kam noch in verschiedenen anderen Meinungen zum Ausdruck. So betonte Dittler u. a., daß er sein Amt erst aufgeben werde, wenn er die Ueberzeugung habe, daß seine Mission erfüllt sei. Der deutschen öffentlichen Meinung könne er versichern, daß es in zehn Jahren keinen Faschismus mehr in Deutschland gebe. Schließlich erklärte Dittler, daß er immer nur das tun werde, was er für die deutsche Zukunft als notwendig ansehe. Er sei bereit, deshalb auch jede Unpopulartät auf sich zu nehmen „und wenn mich die ganze Nation mit Steinen bewerfen wollte“. Das politische Wesentliche an den Ausführungen Dittlers scheint uns vor allem sein hartes Bekenntnis zu der Mission des amtierenden Reichskabinetts zu sein. Wir glauben daraus schließen zu können, daß Dittler persönlich entschlossen ist, die am 30. Januar abgeschlossene Kampfgemeinschaft auch über den 5. März hinaus fortzusetzen.

zu drei verschiedenen Volksvertretungen zu wählen haben. So verschiedenartig auch für jedes dieser Parlamente die Befugnisse gelagert sind, in einem stimmen die Wahlen zu ihnen überein: daß nämlich von den am 5. und 12. März gewählten Vertretungen das politische Schicksal unseres Volkes in seinen verschiedenen Gruppierungen, im Reich, im Lande Preußen und in seinen provinziellen und kommunalen Vertretungen für eine Reihe von Jahren abhängt.

Preußenwahl am 5. März

Berlin, 8. Febr. Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags trat unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Kerl zusammen, um entsprechend den Verfassungsvorschriften, im Einvernehmen mit der Regierung den Wahltermin für die Neuwahlen zum Landtag festzusetzen. Die kommissarische Staatsregierung war durch Ministerialdirektor Dr. Kobis vertreten. Präsident Kerl teilte mit, daß die Regierung den 5. März als Wahltermin vorschlägt. Es kam zu einer kurzen Aussprache, in deren Verlauf Abg. Schwent (Kom.) namens seiner Fraktion eine Erklärung verlas, worin es heißt, daß die neue Notverordnung gegenüber Preußen und die Landtagsauflösung als unvereinbar mit der Verfassung empfinde. Abg. Dr. Graf (Z.) erklärte, daß seine Fraktion auf dem Standpunkt stehe, daß die Verordnung des Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsvorhältnisse in Preußen verfassungswidrig sei. Abg. Heilmann (S.) schloß sich der Erklärung von Dr. Graf an und hob hervor, daß darin die Meinung der Mehrheit des Ausschusses zum Ausdruck komme. An der Abstimmung beteiligten sich Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten nicht. Mit den 14 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Landtagspräsidenten wurde der 5. März als Neuwahltermin festgesetzt. Die anderen drei Fraktionen verfügen zusammen über 16 Stimmen und hätten, falls sie gegen den Wahltermin gestimmt haben würden, die Ablehnung des Termins ermöglichen können.

Die Bemühung um eine Zusammenfassung der gesamten Rechten

Berlin, 8. Februar. Die Bemühungen um eine Zusammenfassung der Parteien und Gruppen auf der Rechten für die bevorstehenden Wahlen sind heute weitergegangen. Bisher aber über einen Abschluß noch nichts bekannt geworden. So weit es sich um die große Zusammenfassung handelt, an der auch die Deutschnationalen und der Stahlhelm beteiligt sind, wird der Stand der Verhandlungen in politischen Kreise heute abend aber recht skeptisch beurteilt. In dieser Linie liegt es, wenn von deutschnationaler Seite demontiert wird, daß heute eine Vorstandssetzung der Deutschnationalen Volkspartei sich mit der Frage eines solchen Zusammengehens beschäftigt habe. Es wird hinzu-

gefügt, daß der Vorstand, der am Samstag zusammentrat, die Möglichkeit einer solchen Vereinigung schon aus technischen Gründen mit Rücksicht auf die für die Wahl vorgeschriebenen Fristen nicht für möglich halte. Eine endgültige Klärung der Frage, ob eine solche Zusammenfassung auf breiter Basis überhaupt möglich ist, oder ob es bald zu dem Zusammenwirken der Gruppen der mittleren Rechten kommt, ist erst für den morgigen Donnerstag zu erwarten.

Listenverbindung SPD. — Staatspartei

Berlin, 8. Febr. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei beschloß am Mittwoch, für den Reichstag die bisherige Reichsliste, die von dem Parteivorstandenden Otto Weis geführt wird, sowie für den preussischen Landtag die jetzige Landesliste, geführt vom Ministerpräsidenten Otto Braun, wieder aufzustellen. Ferner stimmte er der Listenverbindung mit der Staatspartei für die Wahlen zum Reichstag und zum preussischen Landtag zu. Es handelt sich dabei aber, wie von sozialdemokratischer Seite betont wird, um einen rein technischen Voranschritt, jede Partei bleibt politisch völlig frei. Schließlich stimmte der Parteivorstand auch dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den für den 12. März in Aussicht genommenen Parteitag um 14 Tage und zwar auf den 26. März zu verschieben. Tagungsort bleibt Frankfurt a. M.

Auch von Seiten der Deutschen Staatspartei wird übrigens betont, daß es sich bei der Listenverbindung mit der Sozialdemokratie um eine rein technische Lösung handle, die aber im Interesse der Republik geboten sei.

Zusammentritt des Reichskabinetts

Berlin, 8. Februar. Das Reichskabinett ist heute nachmittag gegen 16.30 Uhr zusammengetreten. In erster Linie werden wirtschaftspolitische Fragen besprochen werden, daneben dürften wahrscheinlich auch personelle Angelegenheiten eine Rolle spielen. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß Reichsarbeitsminister Seiditz das Reichskommisariat für den Arbeitsdienst übernehmen wird.

Auch der Arbeitsbeschaffungs- und der Siedlungsausschuss des Kabinetts halten heute nachmittag Besprechungen ab. Das Ergebnis dieser Beratungen ist in der Vorbereitung der neuen Verordnung über die Arbeitsbeschaffung zu sehen, die dann das Kabinett verabschiedet hat. Diese Verordnung bezieht sich natürlich in erster Linie auf Preußen. In Preußen sind die Gemeindeparlamente aufgelöst und die Neuwahlen finden am 12. März statt. Damit es bis dahin und auch für die Zeit bis zur Gültigkeitserklärung der Wahlergebnisse kein Vakuum in der öffentlichen Arbeitsbeschaffung für preussische Gemeinden eintritt, hat das Reichskabinett für die Zwischenzeit die heute bekanntgegebene Lösung gefunden.

Eine zweite preussische Klage beim Staatsgerichtshof

Berlin, 8. Febr. Die Regierung Braun hat am Mittwoch dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine zweite Klageschrift überreicht, die sich gegen die Auflösung des Preussischen Landtages richtet. Die Klageschrift umfasst 11 Schreibmaschinenseiten und 10 Seiten Anlagen. Sie richtet sich gegen die nach Auflösung der Staatsregierung verfassungswidrige Auflösung des Landtages mit dem Antrag, der Staatsgerichtshof solle entscheiden, daß die am 6. Februar durch den Reichskommissar von Papen und den Landtagspräsidenten K e r l ausgesprochene Landtagsauflösung mit der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung nicht in Einklang stehe und daher ungültig sei. Weiter soll festgestellt werden, daß der Reichskommissar eine Neuwahl zum Preussischen Landtag nicht anberaumen durfte und daß die anberaumte Neuwahl unzulässig sei. Der Standpunkt der Staatsregierung wird in der Klageschrift ausführlich begründet. Als Anlagen werden die Abstimungen der Anträge und ein Auszug aus der Landtagsfassung beigelegt.

Der Arbeitsmarkt

Steigende Arbeitslosenziffern in Württemberg und Baden

Aus dem Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Januar 1933:

Die strenge Winterfalte, die in der zweiten Januarhälfte herrschte, machte die Fortführung der Arbeiten im Freien größtenteils unmöglich. Die unvermeidliche Folge war eine starke Zunahme der Arbeitslosenzahl auf dem männlichen Arbeitsmarkt, die Zahl der arbeitslosen Frauen ist nur unbedeutend gestiegen.

Das gesamte bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierte Kräfteangebot ist um 6034 neue Arbeitsuchende von 327 938 auf 333 972 gestiegen; es war aber am 31. Januar d. J. um 6113 geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In Württemberg und Hohenzollern betrug am 31. Januar 1933 die Zahl der Arbeitsuchenden 143 067 Personen, und in Baden 190 905. Von den verfügbaren Arbeitsuchenden waren 117 431 als arbeitslos anzusehen und zwar 133 004 in Württemberg und 183 827 in Baden. Der Zahlenunterschied zwischen Arbeitsuchenden und Arbeitslosen hat sich von 22 735 Personen am 15. Januar auf 18 541 am 31. Januar verringert, so daß Ende Januar 95 Prozent der Arbeitsuchenden arbeitslos waren gegen 93,1 in der Monatsmitte.

Im Zusammenhang damit erfährt die Entwicklung der Unterstützungen ebenfalls eine stärkere Zunahme als die Zahl der Arbeitsuchenden. Die Hauptunterstützungsempfänger haben in der Arbeitslosenversicherung allein um 6140 Personen zugenommen und in der Krisenfürsorge ebenfalls um 6560; die Zahl der Wohlfahrtsberufslosen dagegen ist nur unbedeutend gestiegen. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 31. Januar 1933 folgender: in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 58 551 Personen (48 976 Männer, 9575 Frauen), in der Krisenfürsorge 82 588 Personen (68 538 Männer, 14 330 Frauen).

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 22 709 oder um 2,9 Prozent, nämlich von 128 710 Personen (106 345 Männer, 22 365 Frauen) auf 141 419 Personen (117 514 Männer, 23 905 Frauen) gestiegen; davon kamen auf Württemberg 66 237 gegen 58 259, auf Baden 76 182 gegen 70 451 am 15. Januar 1933.

Frankreichs Abrüstungs-Plan

Paul-Boncour verteidigt den Konstruktionsplan

Genf, 8. Febr. Die mehrtägige Debatte im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz über den französischen Konstruktionsplan wurde mit einer fünfteilständigen Rede Paul-Boncour's abgeschlossen. Die Länge seiner Rede steht im umgekehrten Verhältnis zur Durchschlagskraft seiner Argumente. Es ist besonders bemerkenswert, daß er an seiner Auffassung über die Sicherheitsfrage ohne jedes Entgegenkommen festhält, obwohl die Mehrheit der Abrüstungskonferenz ganz klar zu erkennen gegeben hat, daß die französischen Forderungen von der Konferenz nicht angenommen werden können. Weiter verdient festgehalten zu werden die mehrfach ausgesprochene Forderung, es müßten nach dem Walfest von Locarno weitere regionale Sicherheitsverträge abgeschlossen werden, wenn wirksame Rüstungsbeschränkungen möglich werden sollten.

Allgemein besteht der Eindruck, daß der französische Delegierte die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Abrüstungskonferenz denjenigen Mächten zuschieben wollte, die allzu klar zu erkennen gegeben haben, daß sie auf die französische Sicherheitsforderung nicht einzugehen wollen.

In seiner Verteidigungsrede für den französischen Konstruktionsplan betonte Paul-Boncour noch, aus der ganzen Vorgeschichte der Abrüstung gehe hervor, daß die Abrüstung nur in dem Maße voranschreiten könne, wie die allgemeine Sicherheit fortschreite. In den Beschlüssen der Abrüstungskonferenz komme klar zum Ausdruck, daß die Abrüstung der Sicherheit untergeordnet sei. Die Verbundenheit der beiden Probleme dürfe nicht bestritten werden. Der Hauptgegenstand gegen den französischen Plan bestehe darin, daß er angeblich keine konkreten und praktischen Abrüstungsmaßnahmen vorsehe. Paul-Boncour versuchte die Behauptung dadurch zu widerlegen, daß er einzelne Bestimmungen des französischen Planes verlas. Der französische Delegierte behandelte jedoch die einzelnen militär-technischen Punkte des Planes, ohne neue Anregungen vorzubringen. Er sah keine Ausführungeen darin zusammen, daß Maßnahmen durchzuführen nicht möglich seien, wenn man nicht zu einer Verstärkung der Sicherheit komme.

Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft

17 Jahre in Ostibirien

Aus Mannheim wurde uns dieser Tage gemeldet: Es sind Gerüchte im Umlauf, daß in etwa vier Wochen nach 17jähriger Abwesenheit der Mannheimer Konrad Ritter zu seinen Eltern in der Käpferleerstraße zurückkehren will. Im Jahre 1916 schrieb Ritter, der schwerverwundet in russische Kriegsgefangenschaft geraten war, daß er in

einer Lederfabrik an der ostibirischen Grenze beschäftigt sei, sich dort mit einer Russin verheiratet habe und daß es ihm sehr schlecht ginge. Er bat um Beschaffung von Papieren und um Geld für seine Heimreise.

Zu dem Fall des Heimkehrers Konrad Ritter wies das „Mannheimer Tageblatt“ noch weiteres zu berichten: Konrad Ritter wurde als 24jähriger während seines Aufenthaltes bei den Großeltern in Lübeck am 7. August 1914 eingezogen. Er kam 1914 an die Westfront. Durch einen Knieschuß wurde im Jahr 1916 seine Ueberführung in die Heimat notwendig; im Mai erhielt er kurzen Heimaturlaub zum Besuche der Eltern in Mannheim. Im Juni 1916 kehrte er an die Front zurück, diesmal an die Ostfront, wo er bereits am 16. Juni von seinem Hauptmann als vermißt gemeldet wurde. Die Eltern erhielten die schmerzliche Nachricht und hatten nur noch wenig Hoffnung. Ende August 1916 traf aber eine erste Karte von Konrad Ritter aus einem Krankenhaus in Nishni-Kowporod ein; Ritter teilte mit, daß er schwerverletzt in russische Kriegsgefangenschaft geraten war. Die Eltern schrieben sofort, ohne allerdings auf ihren Brief Antwort zu erhalten. Dagegen kamen von Ritter noch bis Anfang 1917 Nachrichten, in denen er sich beklagte, daß die Eltern nicht schrieben; er glaubte, man verachte ihn, weil er in Gefangenschaft geraten sei. Von 1917 bis 1926 erhielten die Eltern keine einzige Nachricht. Neun Jahre lang hoffte man, bis man sich zu der Gewißheit durchgerungen hatte, daß Ritter wohl doch gestorben sei, und so kam auch in diesem Falle eine Inschrift zustande, die am Lübecker Gefallenendenkmal den Konrad Ritter als gestorben fündet. 1926 schickte nun ein deutscher Geschäftsmann Dr. J o h n e n, der in Rußland gewesen war, einen Abchnitt aus einem Notizbuch von Ritter. Ritter hatte Dr. J o h n e n sein Leid beklagt, daß er auf seine Beisele und Karten — insgesamt habe er 132 Nachrichten fortgeschickt! — niemals eine Antwort erhalten habe. Ritter teilte mit, daß er sich verheiratet habe. Ein sechsjähriges Mädchen aus dieser Ehe ist allerdings inzwischen gestorben. In weiteren Briefen teilte Ritter dann den Eltern mit, man möge ihm seine Papiere schicken, er wolle heimkommen. Er arbeitete in einer Lederfabrik in Ostaschlow, eine Tagreise von Moskau entfernt, als Monteur. Er hatte vor dem Kriege bei Mohr u. Federhaff in Mannheim als Elektriker gelernt, später war er bei Benz und der Bahn tätig gewesen. Die Russen legten nun der Ausreise Schwierigkeiten in den Weg. Die Behörden erklärten, Ritter sei durch den langen Aufenthalt und seine Heirat russischer Staatsangehöriger geworden. Ritter dagegen erklärte, daß er Deutscher sei und bleiben wolle. Schließlich wurde seine Ausreise genehmigt und am 3. März 1932 sollte die Heimfahrt erfolgen. Nun liegen aber die Russen Ritters Ehefrau Sina nicht mitfahren, während Ritter nicht ohne seine Frau in die Heimat wollte. Jetzt hat Rußland aber auch für die Ehefrau die Ausreisegenehmigung gegeben. Jeden Tag erwarten jetzt die Eltern und der Bruder Ritters eine Nachricht von der deutschen Grenze.

Die sieben Provinzen

Der Standort des Panzerkreuzers „Die sieben Provinzen“

Amsterdam, 8. Februar. Einem Telegramm aus Niederländisch-Indien zufolge befand sich der Panzerkreuzer „Die sieben Provinzen“ heute abend auf der Höhe von Bentulen. Sein Kurs geht in Richtung der Sundastrasse.

Erhebliches Aufsehen hat eine Meldung des „Deli Coujant“ erregt, wonach der Kommandant des meuternden Panzerkreuzers mehrere Stunden vor dem Ausbruch der Meuterei die Warnung erhalten habe, daß ernsthafte Ergebnisse bevorstünden. Er scheint aber diese Warnung als unglaubwürdig betrachtet und in den Wind geschlagen zu haben.

Die Befragung des Panzerkreuzers „Die sieben Provinzen“ zur Uebergabe bereit

Batavia, 8. Februar. Bei den niederländischen Regierungsstellen ist ein neuer Funkspruch vom Panzerkreuzer „Die sieben Provinzen“ eingelaufen, in dem die Befragung ihre Kapitulation unter den von ihr früher gestellten Bedingungen anbietet. Das Telegramm trägt die Unterschrift „Die europäische und indische Befragung“. Weiter werden die Empfänger des Funkspruchs gebeten, die übergeordneten Regierungsstellen davon zu unterrichten, daß der Meuterei keinerlei kommunistische Tendenzen zugrunde liegen, und daß die Befragung keine Gewaltakte beabsichtige. Sie habe lediglich gegen die Soldföhrung und die Verhaftung ihrer Kameraden protestieren wollen. Nach den letzten offiziellen Meldungen läuft der Kreuzer zurzeit etwa sieben Knoten.

Unruhen auch auf dem Panzerkreuzer „Java“?

Amsterdam, 8. Februar. Einer Meldung des „Maasbode“ aus dem niederländisch-indischen Flottenstützpunkt Surabaya ist zu entnehmen, daß auf dem Kreuzer „Java“ bedenkliche Zeichen von Unruhen in Erscheinung getreten und deshalb Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind.

Neues vom Tage

Der König von Schweden beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Febr. Der König von Schweden, der heute auf der Durchreise nach dem Süden in Berlin weilte, stattete dem Herrn Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab.

Der ungarische Gesandte beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Febr. Der Reichspräsident empfing den von Berlin scheidenden ungarischen Gesandten v. Kanya in privater Abschiedsaudienz. Kanya wird ungarischer Außenminister.

Erhöhung der Beihilfen für das Notwerk der deutschen Jugend

Berlin, 8. Febr. In Abänderung seines Erlasses vom 24. Dezember 1932 hat sich der Reichsarbeitsminister einverstanden erklärt, daß der Durchschnitt der Beihilfen, die aus Reichsmitteln für das Notwerk der deutschen Jugend gewährt werden, von 20 auf 25 Reichspfennige erhöht wird. Infolgedessen können höchstens je nach den örtlichen Verhältnissen 20 bis 30 Reichspfennige statt 15 bis 25 Reichspfennige für jeden Teilnehmer gezahlt werden.

Die zweite Probefahrt

Kiel, 8. Febr. Das Panzerjacht „Deutschland“ machte wieder eine Wertvorberufahrt in die Ostsee. Auch auf dieser zweiten Wertvorberufahrt sind alle vorerwähnten Erprobungen planmäßig und störungsfrei verlaufen.

In Groß-Wuppertal 250 Tote in sechs Tagen

Meist Grippeopfer

Wuppertal, 8. Febr. Vom 30. Januar bis 4. Februar sind in Groß-Wuppertal 250 Sterbefälle verzeichnet worden, eine erschreckend hohe Zahl, da die normale Sterblichkeitsziffer für diesen Zeitraum nur etwa 70 beträgt. In den meisten Fällen wurde Grippe als Todesursache festgestellt.

Flugzeugabsturz in England — Vier Tote

London, 8. Febr. Bei Salisbury stürzte am Mittwoch ein Militärflugzeug aus noch ungeklärter Ursache ab. Vier Besatzungen wurden getötet.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 9. Februar 1933.

Der gestrige Erdstoß, der in Altensteig in einzelnen Häusern sehr stark gespürt wurde, ist fast überall im Schwarzwald wahrgenommen worden. In Freudenstadt wurden zwei ruckartige Stöße beobachtet, auf dem Kniebis und Rudestein ebenfalls. Weiter wurde in Calw und Liebenzell, sodann in Herrenberg das Beben beobachtet. Von Neuenbürg wird gemeldet: Das Beben war begleitet von einem dumpfen Rollen, in den Häusern schwankten die Möbel, das Geschirr rittete. Von einem höher gelegenen Haus wurde uns mitgeteilt, daß drei wellenförmige Stöße wahrgenommen worden seien, wodurch Wände und Decken in bedenkliches Schwanken gerieten. Glücklicherweise wurde, soweit bis jetzt feststellbar, Schaden nicht angerichtet. In Birkenfeld waren es ähnliche Begleiterscheinungen. Auch Pforzheim meldet zwei heftige Erdstöße. Auf dem Sonnenbergdorf wurden die Häuser sehr stark erschüttert, Fenster- und Spiegelrahmen stürzten. Auf dem Rod fielen infolge der heftigen Erschütterung in einzelnen Häusern Gegenstände zu Boden, z. B. eine gläserne Base, die dabei zerbrach.

Nach den Aufzeichnungen der wissenschaftlichen Geräte des Geodätischen Instituts in Karlsruhe dauerten die Erschütterungen zwei Minuten lang, wobei es sich um starke, kurze und wellenförmige Schwingungen gehandelt hat. Das Erdbeben war so heftig, daß ein Zeigergerät dieses Instituts außer Tätigkeit gesetzt wurde.

Freiwilliges Werkhalfjahr für Abiturienten. Einer in der Öffentlichkeit vielfach erörterten Anregung folgend, hat die Reichsregierung das freiwillige Werkhalfjahr der Abiturienten eingerichtet. Danach soll vor allen Dingen den Abiturienten, die sich einem Studium zuwenden wollen, die Möglichkeit geboten werden, sich etwa ein halbes Jahr vor Beginn des Studiums dem freiwilligen Arbeitsdienst und dem Geländesport zu widmen. Von dem Herrn Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst sind besondere Maßnahmen in dieser Richtung getroffen worden. A.-A.

Abgemeldete Kraftfahrzeuge. Im D.A.-Bezirk Ragold betrug der gesamte Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Juli 1932: 736 Stück, von denen 24 vorübergehend abgemeldet waren. Am 3. Januar dagegen sind in unserem Bezirk 161 vorübergehend abgemeldete Kraftfahrzeuge amtlich ermittelt worden und zwar 83 Krafttraber, 67 Personenkraftwagen, 11 Krafttraktoren und sonstige Kraftfahrzeuge.

Der Württ. Obstbauverein hält am kommenden Sonntag, den 12. Februar, nachmittags punkt 2 Uhr im großen Saal des „Bürgermuseums“ in Stuttgart, Langestr. 4, seine Generalversammlung ab. Dieser geht vor- mittags 10 Uhr im gleichen Saal eine Vertrauensmänner- versammlung voraus.

Gaustafelwartung des 11. Turnkreises Schwaben. Sämtliche Gaustafelwarte waren zu einer arbeitsteiligen Tagung am vergangenen Sonntag in Cannstatt versammelt, um in erster Beratung die Gebiete des Turnpresensens für das laufende Jahr zu besprechen und festzulegen. Kreisvertreter Hegel hielt dabei einen äußerst gehaltenen Vortrag über das frühere und jetzige Staatswesen und dessen Einstellung zu den bestehenden Verbänden, welche auf politisch neutralem Boden die Pflege der Leibesübungen betreiben, voran die Deutsche Turnerschaft mit ihren mehr als 1 600 000 Mitgliedern. Das einhellige Bestehen dieser Verbände sei, die Jugend im Interesse unseres Volksganges gesund und frisch zu erhalten, sie geistig und sittlich zu erziehen, was schon zu Jahns Zeiten das Ziel gewesen sei. Dadurch werde dem Staat eine große Pflicht abgenommen. Nach dem Mittagessen folgte die gemeinsame Befichtigung des Festgeländes auf dem Cannstatter Böden unter Führung von Kreisoberturnwart Rupp, an welcher sich auch die Gaustafel- und Rannetturnwarte, sowie die Gaustafel- und Gaugeldwarte beteiligten, welche ebenfalls bedeutungsvolle Tagungen abhielten. Das Festgelände machte einen überwältigenden Eindruck und sämtliche Festwarte waren hocherfreut über diese muster- gültigen Anlagen, die in ihrem Querschnitt um ein Drittel größer sind als diejenigen in Köln. (So mancher wird erstaunt sein über die jetzige Gestaltung des Wagens, der dadurch ein ganz anderes Aussehen bekommen hat.) Möge daher auch der erwartete Besuch nicht ausbleiben! Schö.

Bödingen, 8. Februar. (Goldene Hochzeit.) Am vergangenen Sonntag durften die hiesigen Eheleute alt Fried- rich Raft und Rosine geb. Schuler das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Es war allgemeiner Kirchgang unter Beteiligung der ganzen Gemeinde. Nach Einlegung sprach Bürgermeister Broß die Glückwünsche der Gemeinde aus und übergab im Auftrag des Staatspräsidenten Dr. Holz ein Andenken. Pfarrer Reiß über- brachte die Glückwünsche des Kirchenpräsidenten Dr. Wurm und übergab eine große Traubibel. Im Hause war noch eine gesellige Kaffeeparty mit den Verwandten und Freunden des Hauses.

Sulz, 7. Februar. (Frühlingsboten. — Bachkorrektur.) Am letzten Sonntag beobachtete ein Vogelfreund bereits dem ersten Staren. Es war ein munteres Pärchen auf dem Hause von Kirchenpfleger Dürr. Seither tauchten die gefiederten Gesellen schon da und dort im Orte auf. — Die



Bachkorrektur hat nun den ersten Teil ihres Arbeitsplanes verwirklicht. Mehr als 2000 Kubikmeter Erde sind in fleißiger Arbeit von hiesigen Bürgern ausgehoben worden. Um in den Genuss von Reichzuzuschüssen zu kommen, ließ die Gemeinde bereits auch mit Rotstandarbeiten beginnen. Ein nennenswerter Teil der Bachkorrektur, insbesondere der Bau verschiedener Brücken, wird jedoch dem freiwilligen Arbeitsdienst zu zufallen, der vom 1. März an hier Nationalien und keinen Wohn- und Schlafraum im Saal der Kinderschule ausschlagen wird.

Waldberg, 7. Februar. (Flug- und Arbeitsgruppe.) Der Württ. Luftfahrtverband hat der hiesigen Gruppe den Fluglehrer Keller-Boimang verschrieben, der vom 29. Januar bis 5. Februar einen Kursus abhielt. Es ist zu hoffen, daß verschiedene Schüler die A- und vielleicht auch die B-Prüfung ablegen, um alsdann als Hilfsfluglehrer sich betätigen zu können. Von Calw sind ebenfalls vier acht Leute der hiesigen Ortsgruppe beigetreten. Die so gewachsene Gruppe hat sich nun eine Werkstatt erstellt, die zugleich als Flugzeughalle dient. Damit hat sich die Gruppe eine Räumlichkeit geschaffen, in der jede Woche zweimal gearbeitet wird. Man beabsichtigt eine zweite Maschine zu bauen.

Freudenstadt, 8. Februar. Die Deutschen Schi-meisterschaften, die bekanntlich in der Zeit vom 17. bis 20. Februar in Freudenstadt und Batersbronn stattfinden sollen, werden infolge des Schneemangels wohl verschoben werden müssen — wenn der Himmel zwischen dem Einschießen haben sollte. Ueber die Verschiebung soll am 15. Februar entschieden werden. Ist eine Abhaltung unmöglich, dann erfolgt eine Verschiebung um acht Tage. Ist auch dann die Schneelage noch ungünstig, dann wird der Termin nochmals um acht Tage verlegt.

Göttelzingen, D.A. Horb, 7. Februar. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Landwirt M. Bogt mit 176 von 230 abgegebenen Stimmen gewählt.

Unterjesingen, 7. Februar. (Ein Räuberstück?) In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde dem Mühlenbesitzer Kienzen von unbekanntem Täter ein Pferd aus dem Stall genommen, an den aus dem Schuppen geholten Jagdwagen gespannt und damit das Anwesen hinten über den Garten verlassen. Auch die Gehirrlammer wurde ausgeräumt, Chaisengehirte, Sattel, Decken u. a. mit auf den Wagen geladen. Der Vorfall wurde erst bemerkt, als das Personal morgens in den Stall kam. Die Fahrt ging offenbar dem Schönduch zu. Dem Pächter von Hohenentringen kam das Gefährt zu Gesicht und da ihm die frühe Waldfahrt nicht so harmlos schien, setzte er sich mit Herrn K. fernmündlich in Verbindung. Inzwischen traf ein hiesiger Jungbauer, der ein Flächenlos einsehen wollte, im Wald mit einem Bürger aus Voltringen zusammen. Dieser hatte das Gefährt in der Nähe umgekehrt gesehen. Da ihnen von dem Diebstahl noch nichts bekannt war, dachten sie zuerst an einen Unglücksfall. Im Verein mit einem noch dazu gekommenen Mann wurde das Gefährt wieder flott gemacht und willig zog der sonst nicht ganz fromme Gaul den Wagen der Heimat zu. Das Gefährt lag in der Winterhalde, rufen nach einem Begleiter war ergebnislos. Außer dem sauberen gepackten Viebesgut befanden sich zwei Laibe Brot, einige Flaschen Wein und Keffel in dem Wagen. Auch ein Saß Futter für das Pferd war beigelegt. — Ein merkwürdiger Fall. Wer ist der Täter?

Stuttgart, 9. Febr. Der bekannte schwäbische Landschaftsmaler Professor Karl Schickhardt ist im Alter von 88 Jahren nach schwerem Leiden gestorben. Viel Anerkennung haben seine württembergischen Landschaftsbilder gefunden. Ein gediegener Künstler der alten Schule und ein liebenswürdiger Mensch ist mit ihm dahingegangen.

Fürsorge für Geschlechtskranke in Württemberg. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg gibt in ihrem Amtsblatt bekannt, daß sie infolge ihrer ungenügenden Finanzlage die Fürsorge gegenüber den an ansteckenden Geschlechtskrankheiten leidenden Versicherten und deren Familienangehörigen erheblich einschränken muß, insbesondere durch Vereinfachung der Verwaltungsmassnahmen. Es wird daher die Hauptberatungsstelle künftig die etwa erforderliche Heilbehandlung von sich aus nicht mehr einleiten; die Durchführung der Einzelkur zu beeinflussen, erscheint im Hinblick auf Paragraph 9 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 zudem nicht erforderlich. Die Sparmassnahmen sind in gleicher Weise für den Württ. Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgegeben.

Cannstatt, 8. Febr. (Todesfall.) Mittwoch früh ist Generalmajor a. D. Theodor Spröffer, Ritter des Ordens Pour le merite, der ehemalige Führer der württembergischen Gebirgsschützen, nach langer schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren gestorben. Der Verstorbene ist aus dem Infanterieregiment 127 hervorgegangen. Nach dem Kriege gehörte er noch einige Zeit der Reichswehr an.

Wendlingen, D.A. Ehlingen, 8. Febr. (Einbruch in Rathaus.) Nachts wurde im hiesigen Rathaus eingebrochen. Die Einbrecher, deren es offenbar mehrere waren, haben ihren Eingang durch ein Fenster ins Steuerzimmer an der Hinterfront des Rathauses genommen, von wo sie dann zuerst in den beiden Kanzleien des Erdgeschosses mit Brechwerkzeugen die Türen öffnete und dort alle Kästen und Fächer anströmten und nach Geld durchsuchten. Die Gefasse im Obergeschoß wurden durchwühlt und hierdurch in allen Rathausräumen eine große Verwüstung angerichtet. An Geld konnten die Täter nur einige kleine Beträge, höchstens zusammen 30 RM., die in Briefumschlägen verwahrt waren, sich aneignen. Außerdem nahmen sie zwei Füllfederhalter und sonstige Gegenstände an sich. Die beiden Kassenschränke zu erbrechen, wozu Versuche gemacht wurden, gelang ihnen nicht.

Schwaigern, 8. Febr. (Autounfall.) Der Direktor der Ziegelei von Gemmingen, Degel, unternahm mit Frau und Kind eine Autofahrt ins Bayerische. Am Montag kam nun sein Auto bei Lichtensfels wegen der vereisten Straße ins Schlingern. Dabei wurde seine Frau gegen das Seitenfenster

des Wagens geworfen, wobei ihr der Hals bis zur Schulter über aufgerissen wurde.

Lürkheim, D.A. Geislingen, 8. Febr. (Verbrüht.) Infolge Umstürzens eines Topfes heissen Wassers verbrühte sich das 2 Jahre alte Töchterchen einer hiesigen Familie dertart, daß es im Krankenhaus in Geislingen starb.

Keutlingen, 8. Febr. (55 Personen festgenommen.) In der Kuttatangelegenheit Geislingen-Göppingen sind, wie dem Keutlinger Generalanzeiger aus Tübingen berichtet wird, 55 Personen festgenommen und in den verschiedensten Untergefängnissen des Landgerichtsbezirks Tübingen untergebracht worden. Es ist noch nicht abzusehen, ob weitere Verhaftungen in dieser Angelegenheit noch bevorstehen.

Ludwigsburg, 8. Febr. (Einbrecher und Diebe.) In der Nacht auf Sonntag wurde in die Kantine der Dragonerkaserne eingebrochen und die Kasse mit 700 RM Inhalt geraubt. Von den Tätern, die mit den Räumlichkeiten und den Gepflogenheiten des Kantinenwirts vertraut gewesen sein müssen, fehlt bis jetzt jede Spur.

Sternesfels D.A. Waalbronn, 8. Febr. (Grippe.) Die Grippe geht hier sehr stark um. Sie befallt Alte und Junge. Mitunter sind ganze Familien krank. Die Zigarettenfabrik mußte wegen der Grippe zwei Tage geschlossen werden.

Schramberg, 8. Febr. (Demonstration gegen die Reichsregierung.) Am Montagabend veranstalteten die in der Eisernen Front zusammengegliederten Organisationen auf dem Rathausplatz eine Kundgebung gegen die faschistische Reaktion, zu der auch die Kommunisten eingeladen waren. Es beteiligten sich daran etwa 2500 Personen. Unter anderen sprach Landtagsabg. Pflüger (Soz.), der für einen Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten eintrat. Der kommunistische Landtagsabg. Bollmer sagte der Reichsregierung härtesten Kampf an. Bei einem Umzug wurden verschiedene Transparente mitgeführt, die zum Generalstreik und zum Kampf gegen jeden Lohnabbau aufriefen. Die Kundgebung ist ruhig verlaufen; Polizei brauchte nicht einzugreifen.

Tuttlingen, 8. Febr. (Zusammenstoß mit der Polizei.) In einer Amtswahltagung der Nationalsozialisten kam am Samstag eine größere Anzahl Parteimitglieder aus der Umgebung zusammen, die gemeinsam mit der hiesigen Ortsgruppe in geschlossenem Zuge durch die Straßen zogen. Als der Zug in die Nähe des Marktplatzes kam, hatte sich eine immer größere Menschenmenge angelammelt. Die Schulkleute lösten ihre Gummiknüppel und gingen ebenfalls zum Angriff über, nachdem sie selbst tödlich angegriffen und zum Teil verletzt worden waren. Die Hauptstreiter wurden in Polizeihaft genommen.

Vom bayerischen Allgäu, 8. Febr. (Frühling in den Bergen.) Höhn und ausgiebiger Regen haben der Winterherrlichkeit ein rasches Ende gemacht. In den Allgäuer Bergen sind die mittleren Höhen völlig schneefrei. Die Bergbäche schäumen und tosen, als ginge es dem Frühling zu. In den Hochwäldungen zwischern die Meisen und Kreuzschnäbel wie mitten im Vog. Im Hochgebirge zeigen lange Bahnen in grau und braun den Abgang der Lawinen an.

Ulm, 8. Febr. (Von der Reichswehr.) Der bisherige Kommandeur der 2. Abteilung des 5. Artillerieregiments in Ulm, Oberst Haase, wurde in den Stab des Artillerieregiments berufen. Oberst Haase ist Stuttgarter. Sein Nachfolger in Ulm ist der gleichzeitig zum Oberleutnant beförderte bisherige Major Spang, der aus Ellwangen kommt. Ebenfalls zum Oberleutnant befördert wurde Major Schwenzler bei der Festungskommandantur Ulm.

Was Baden

Karlsruhe, 7. Februar. (Eine Mutter rettet ihr Kind aus den Flammen.) Am Dienstagvormittag 10.45 Uhr wurde durch Polizeibeamte die Feuerwache nach der Gottesackerstraße 5 gerufen, wo in einer Küche durch Kurzschluss in einer elektrischen Lichtleitung Feuer entstanden war. Das Feuer beehrte sich durch eine umgeworfene Petroleumlampe rasch in der Küche aus. Eine 24jährige Frau, die in der Küche beschäftigt war, konnte im letzten Augenblick ihr (ein) Wochen altes Kind, das auf dem Tisch in der Küche lag, vor den Flammen retten. Sie erlitt dabei schwere Brandwunden an beiden Händen, am Unterarm und am linken Bein, während das Kind nur geringere Brandverletzungen davontrug. Kind und Mutter wurden ins Städt. Krankenhaus gebracht. Die Küche ist vollständig ausgebrannt.

Weitere Erdbeben-Meldungen

Stuttgart, 8. Febr. Mittwoch früh wurde von den Instrumenten der Württ. Erdbebenwarten ein mittelstarkes Nabbeben ausgezeichnet. Nach den Aufzeichnungen der Stuttgarter Erdbebenwarte (Villa Reichenheim), die für die erste Erschütterungswelle in Stuttgart um 8.07 Uhr 26 Sekunden ein. Die stärkste Bewegung des Bodens begann etwa achtzehn Sekunden später, sie erreichte den Betrag von etwa 1 Zehntel-Millimeter Bodenverschiebung. Die Entfernung von Stuttgart berechnet sich auf rund 70 Kilometer und zwar liegt der Herd annähernd wörtllich im nordwörtllich. Der Herd liegt also in der Gegend von Kaspatt im östlichen Teil des Rheintalgebirges. Die Entstehung des Bebens ist sehr wahrscheinlich tektonischer Art und hängt mit dem Rheintalgraben selbst zusammen. Die Bebenstärke ist für dieses Gebiet immerhin auffallend.

In Stuttgart wurde nach den Berichten aus verschiedenen Stadtteilen das Beben offenbar in allen Stadtteilen, besonders auf den Höhen, so in Degerloch, deutlich verspürt und erkannt. Man sollte da in den Häusern das Gefühl eines wiederholten Schwankens. Soweit bis jetzt bekannt wurde, ist in Stuttgart Schaden nicht angerichtet worden; es gab aber teilweise eine stärkere Erschütterung der Häuser.

Stuttgart, 8. Febr. Ueber das Erdbeben am Mittwoch vormittag werden noch weitere Einzelheiten berichtet. In Stuttgart selbst wurde es insbesondere in Häusern der höher gelegenen Stadtteile verspürt. Man hörte die Fenster klirren und hatte das Gefühl, wie wenn plötzlich das Gefüge des Hauses wankt. In Ehlingen kamen Oelen ins Schwanen. Es wurde festgestellt, daß die Stöße in den oberen Stockwerken härter verspürt wurden als in den unteren. In Ulm wurden im Bett liegende Personen leicht geschaukelt. Im 2. Stockwerk des Geislinger Rathauses zertrümmerten die Hängelampen ins Schwanen.

Nach den neuesten Meldungen wurde der Erdstöß im ganzen Schwarzwald und insbesondere in der südlichen Rheinebene wahrgenommen. In Mühlheim war deutlich eine etwa 20 Sekunden dauernde Wellenbewegung bemerkbar. Sehr stark hat das Beben Kaspatt mitsgenommen. Der Erdstöß war so heftig, daß in den Wohnungen das Mobiliar ins Wanken geriet, der Koff von den Wänden fiel und etwa 50 Hauskatzen einstürzten. Verschiedene Häuser weilen Risse auf. Zwei Wohnhäuser mußten wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

In Kaspatt, wo sich der Erdstöß am heftigsten auswirkte, fürzte alles auf die Straße, mehrere Leute sprangen durchs Fenster und viele wagten sich noch um 10 Uhr nicht in ihre Wohnungen zurück, da sie ein weiteres Beben befürchteten. In einzelnen Häusern und Betrieben wurden Menschen zu Boden geworfen. Zahlreiche Fensterheben und große Schaulenfenster gingen in Trümmer. Die Auslagen der Kaufhäuser, in denen Artikel der Weihen Woche ausgestellt waren, zertrümmert vollständig durcheinander. Besonders schwer aber waren die Auswirkungen des Bebens rechts der Mura, Glascherben und Ziegeltrümmern der eingestürzten Kamine bedeckten die Straßen. Die Schulen haben den Unterricht eingestellt. Auch in der Umgebung von Kaspatt wurden beträchtliche Schäden angerichtet. So ist in Dettingen das Rathaus und in Steinmauern das Schulhaus beschädigt worden. In Kuppenheim fürzte ein Kreuz von der Kirche.

Ueberparteilichkeit des Südd. Rundfunk

In nationalsozialistischen Angriffen gegen den Staatskommissar der Süddeutschen Rundfunk AG wegen Nichtübertragung einiger Darbietungen wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

Der Staatskommissar hat alle seine Maßnahmen im Einvernehmen mit seiner vorgelegten Behörde getroffen. Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom Dienstag, 7. Februar, erneut einstimmig beschlossen, an der Wahrung der Ueberparteilichkeit aller Rundfunkdarbietungen entsprechend den Richtlinien für die Sendungen des deutschen Rundfunks festzuhalten. Diese Richtlinien sind erst vor wenigen Monaten mit Zustimmung des Reichsrats durch den Reichsminister des Innern erlassen worden. Im Reichsrat haben diverse Richtlinien auch diejenigen Regierungen ihre Zustimmung gegeben, die unter Führung vom Nationalsozialisten stehen. In den Richtlinien wird ausdrücklich bestimmt:

„Der Rundfunk dient keiner Partei. Politische Gegenstände sind sachlich zu behandeln. Werbung für Parteien und Bekämpfung von Parteien sind nicht zugelassen.“

Ein Abweichen von diesen Bestimmungen würde, insbesondere in Wahlzeiten, die überparteiliche Haltung des Rundfunks gefährden. Die Vorwürfe gegen die Haltung des Staatskommissars und der Sendegesellschaft sind deshalb unbegründet und müssen nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Kein Wahlkampf im Rundfunk

Berlin, 8. Februar. Wie aus Kreisen des Reichsinnenministeriums verlautet, gelten bei den kommenden Wahlen für den Rundfunk dieselben Richtlinien, die bisher angewandt worden sind, wonach die Benutzung des Rundfunks für und von Parteien ausgeschlossen ist. Dabei ist es selbstverständlich, daß im politischen Leben stehende Persönlichkeiten über staatspolitische und wissenschaftliche Fragen sprechen.

Die württ. Regierung und die Vorgänge in Freuden

Stuttgart, 8. Febr. Die württ. Regierung wird, wie das „Deutsche Volksblatt“ hört, in dem neuen Konflikt (zwischen Reich und Ländern) nicht aktiv werden. Sie hat sich schon nach dem 30. Juli des vergangenen Jahres eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt, ohne dabei die nachdrückliche Vertretung der Landesinteressen außer Acht zu lassen. Auch jetzt wird sie ein aktives Vorgehen der alten preussischen Regierung und den preussischen Landtagsparteien überlassen. Den Standpunkt Württembergs darzulegen, wird wohl in einer Reichsratsitzung oder bei einer Länderkonferenz Gelegenheit gegeben sein. Diese Zurückhaltung der Regierung ändert aber nichts an der Tatsache, daß, so bemerkt das genannte Blatt weiter, ohne Parteigrenzen in weiten Kreisen unseres Volkes, wo der Sinn für Recht vielleicht etwas lebendiger ist als in der bourslichen Luft, das Vorgehen des Reichs als eine Rechtsverletzung empfunden wird.

Wahlaufruf der Demokraten Württembergs

Stuttgart, 8. Febr. Die Deutsche demokratische Partei Württembergs und Hohenzollern hat zur Wahl einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Das deutsche Volk steht vor der Frage, ob es Wählern das Vertrauen denken will, vier Jahre lang die Geschicke Deutschlands zu lenken, welche selbst keiner der drei vorangegangenen Regierungen auch nur eine Atempause gemährt haben. Schon die ersten Anläufe der Regierung haben bewiesen, daß eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem Freiheitswillen des deutschen Volkes und den Diktaturbestrebungen der zwei Parteigruppen, von denen die eine die politische Reaktion, die andere die politische Gegenrevolution betreiben. Wir nehmen den Ehrenstitel „national“ in Anspruch für alle die, die in den schweren Prüfungen des Vaterlandes als unbekanntes Soldaten und Arbeiter, als Staatsbürger, als Mütter und Schwägerinnen schweigend ihre Pflicht erfüllt und damit nationale Taten vollbracht haben, die jenseits aller Hetzablenzung und Kritik stehen. Wir wehren uns dagegen, daß die Raatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten zugunsten einer Diktatur freigegeben werden. Wir kämpfen für eine opferbereite Volksgemeinschaft, für einen disziplinierten Bürgerhaat, für eine nationale Demokratie unter dem Wahlspruch: Das ganze Deutschland soll es sein!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Verluste der Spar- und Kreditbank in Frankfurt a. M. Vor einigen Tagen wurde bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen verschiedene Aufsichtsratsmitglieder der Allgemeinen Spar- und Kreditbank gemacht, die beschuldigt werden, zum Nachteil der Gläubiger des in Konkurs gegangenen Unternehmens rund 700 000 RM. verwirksam zu haben.

Ausweisung des deutschen Kommunisten Brandler aus Frankreich. Der deutsche Kommunist Brandler, der vor etwa zehn Tagen festgenommen wurde, als er nach Straßburg mit dem Paß eines französischen Kommunisten einreiste, ist, wie Havas aus Straßburg berichtet, an die deutsche Grenze zurückgeleitet worden.

Frau Gandhi zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Polizeigericht in Borjad verurteilte Frau Gandhi, die Gattin des Mahatma, wegen Nichtbezahlung der Geheje und Nichtbezahlung von Steuern zu sechs Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien.

300 000 RM. in der preussischen Klassenlotterie gezogen. In der Nachmittagsziehung der 5. Klasse der Preussischen Klassenlotterie fiel ein Hauptgewinn von 300 000 RM. auf die Nummer 347 087, die in beiden Abteilungen in Achtelosen gespielt wird, in der 1. Abteilung im Rheinlande und in der zweiten Abteilung in Niederhessen.

Stattat auf einem westfälischen Gutshof. Auf dem im Westfälischen liegenden Gutshof Engstfeld ereignete sich eine schwere Stuttat. Der 49jährige Schwiegerohn der Besitzlerin des Gutes erschog mit seinem Jagdgewehr den 50 Jahre alten Stallmeister Barrabas. Daraus feuerte er noch einen Schuß gegen die Frau des Meisters ab, durch den diese schwer verletzt wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Hausentwurf in Spanien. In der in der Nähe von Saragossa gelegenen Gemeinde Tauste ist ein Haus eingestürzt. Von den vier Personen kamen zwei ums Leben, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Englische Kriegsschiffbauten. Wie die Admiralität mitteilt, wird sie demnächst den Bauauftrag für folgende Kriegsschiffe des Marineprogramms 1932 erteilen: 3 Kreuzer, einen Flottillenführer, 8 Zerstörer, 2 Schaluppen.

Aus dem Gerichtssaal

Typhus-Epidemie in Schweningen 1930

Swenningen, 8. Febr. Infolge der Typhus-Epidemie, die im Juli 1930 in Schweningen ausgebrochen ist, kam es zu einem Zivilprozeß, der in zweiter Instanz vor der Zivilkammer des Oberlandesgerichts in Stuttgart geführt wurde. Die Klage gegen die Stadtgemeinde der man vorwarf, die ihr obliegende Pflicht zur Beschaffung einwandfreien Trinkwassers verletzt zu haben, wurde jedoch in beiden Instanzen abgewiesen. Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart wurde als Sachverständiger Professor Dr. Wolf, Vorstand des Hygienischen Instituts der Universität Tübingen, beigezogen. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Ursache der Typhusepidemie in Schweningen nicht festgestellt werden könne. Es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Erkrankungen auf die Wasserzufuhr zurückzuführen seien.

Urteil gegen Hummel rechtskräftig

Freiburg, 8. Febr. Das Urteil im Prozeß gegen den Betrüger Karl Ignaz Hummel, der als Klaffeder Oskar Daubmann auftrat, ist rechtskräftig geworden, nachdem die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft ihre Revision zurückgezogen haben. Hummel war zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Eingefandt

Für Einfandungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die präsekretische Verantwortung.

Martinsmoos, 6. Februar. (Ein Widerwärtiger.) Es gibt auch Leute, die in einem Sicherheitsbeamten einen Feind sehen. Anfangs voriger Woche wurde in Martinsmoos ein junger Mann, welcher eine Ledermappe bei sich trug und vielleicht ein intelligentes Aussehen hatte, von einem Landjäger, welcher den Mann für einen Gewerbetreibenden hielt, gefragt, was er für ein Landmann und zu welchem Zweck er in Martinsmoos sei. Als Antwort bekam der Landjäger ein barsches „Warum“ zu hören. Die Folge war, daß der junge Mann festgenommen wurde. Auf dem Rathaus gab der Festgenommene an, es sei für ihn eine Blamage, wenn er von einem Landjäger so etwas gefragt werde. Es stellte sich dann heraus, daß es sich um einen „biedereren“ Handwerksmann handelte. Dem Einbrecher Daiber wäre der Landjäger bestimmt in anderer Form und Weise entgegengetreten. Daiber hätte sich vielleicht auch so intelligent benommen wie er aussieht. Die Landjäger haben nicht nur die Aufgabe, nach Einbrechern zu schauen, sondern sie haben nebenbei noch die Pflicht, den wilden Gewerbetreibenden, der das Handwerk so schwer schädigt, scharf zu überwachen. Es wäre deshalb erfreulich, wenn der „biederere“ Handwerksmann in Zukunft der Tätigkeit eines Sicherheitsbeamten ein wenig Verständnis entgegenbringen würde. Für seine Widerwärtigkeit kam der Grundsatz zur Anwendung: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil“.

Handel und Verkehr

Vörten

Berliner Vörtenbericht vom 8. Febr. Während auf den Aktienmärkten das Geschäft keinen größeren Anfang annahm, war das Interesse für festverzinsliche Wertpapiere heute wieder ziemlich lebhaft. Die Rundschau nahm weitere Rückläufe vor. An den Aktienmärkten gingen die Besserungen allerdings nur selten über 1,5 Prozent hinaus, doch zu dieser Grenze konnten aber eine ganze Reihe von Papieren Gewinne verbuchen. Bei den deutschen Anleihen gingen die Gewinne ebenso wie bei den Reichsbahnanleihen bis zu 0,5 Prozent, während Reichsbahnanleiheforderungen sogar bis zu 1,5 Prozent höher gehandelt wurden. Am Geldmarkt blieb die Situation bei unveränderten Sätzen leicht. Auch im Verlaufe änderte sich auf den Aktienmärkten an der inneren Unternehmungskraft wenig.

Getreide

Berliner Produktienbörse vom 8. Februar. Weizen märk. 188 bis 190, Roggen märk. 154-156, Braugerste 165-173, Futter- und Industrieerste 158-164, Hafer märk. 115-118, Weizenmehl 22,65-23,90, Roggenmehl 19,75-21,75, Weizenkleie 8,10 bis 8,50, Roggenkleie 8,70-9, Viktoriaerbsen 20-23, kleine Speiseerbsen 19,50-21, Futtererbsen 12-14 RM. Allgemeine Tendenz: schwächer.

Holzpreise

Freudenstadt, 8. Februar. (Gute Holzpreise.) Die Waldinspektion Freudenstadt tätigte in letzter Zeit verschiedene Holzverkäufe mit dem erfreulichen Ergebnis steigender Preise und guter Nachfrage. Die einzelnen Verkäufe, teils freihändig, teils in Submision, fanden wie folgt statt: Am 3. Dezember 1932 ein freihändiger Verkauf von 793,77 fm. Fichten- und Tannenstammholz mit einem Ausbot von 24 176,80 Mark und einem Erlös von 10 432 Mark = 43,1 Prozent. — Am 9. Januar 1933

fand im Hotel „Adler“ ein Verkauf in Submision statt. Zum Verkauf standen 929,25 fm. Fichten- und Tannen-Lang- und Sägholz mit einem Ausbot von 28 775,44 Mark, erlöst wurden 13 601 Mark = 47,3 Prozent. — Am 16. Januar wurden unter der Hand 171,25 fm. Fichten- und Tannenstammholz verkauft mit einem Ausbot von 5291,73 Mark, Erlös 2494 Mark = 47,3 Prozent. — Der diesjährige Forst- und Stammholzverkauf fand am Montag, den 23. Januar im Hotel „Rappen“ in schriftlichem Aufsteig statt. Zum Verkauf standen 711 Fichten (Lang- und Sägholz) 1.-3. Klasse mit 1131,91 Festm. Der reguläre Tarpreis würde betragen 42 454,18 Mark, erlöst wurden 24 848 Mark = 58,5 Prozent.

Letzte Nachrichten

Schießerei im Berliner Westen — Drei Schwerverletzte. Berlin, 9. Februar. In Wilmersdorf kam es Mittwochabend zu einer schweren Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Männer wurden nicht unerheblich durch Armschüsse verletzt. Außerdem erhielt ein junges Mädchen einen Lungenstichwund.

Randalisierende Burtschen erschrecken einen Gastwirt. Darmstadt, 9. Februar. Vor einer Gastwirtschaft randalisierten am Mittwochabend drei junge Burtschen. Als der Gastwirt Dörn zusammen mit einem Gast die Burtschen zurechtweisen wollte, fielen die Burtschen über beide her und brachten ihnen mehrere Messerstücke bei. Ein Messerstück traf den Gastwirt tödlich ins Herz. Die drei Messerfechter wurden festgenommen. Politischen Hintergrund hat der Zwischenfall nicht.

Politische Schießerei in Königsberg — Drei Schwer- und zwei Leichtverletzte.

Königsberg, 9. Februar. In der Jägerhoffstraße kam es am Mittwochabend zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, die an einer Versammlung im Gewerkschaftshaus teilgenommen hatten. Die Gegner gingen mit Messern und anderen Waffen aufeinander los. Insgesamt wurden fünf Personen verletzt, davon drei Reichsbannerleute schwer.

Bayerischer Landtag fordert Bankenbeaufsichtigung.

München, 8. Februar. Der bayerische Landtag beschloß heute nach heftiger Debatte mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten die Annahme folgenden Antrages: „Die Staatsregierung wird ersucht, daß baldigst eine ausreichende staatliche Beaufsichtigung der Banken herbeigeführt wird mit dem Zwecke 1. der Um- und Entschuldung der öffentlichen Wirtschaft, ferner der öffentlichen Körperschaften, 2. der Herbeiführung eines den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Zinsfußes, 3. der Sicherung der vom Reich den Banken gegebenen Subventionen.“

Fünf Todesopfer bei einem Hotelbrand. Sankttheman, 8. Februar. Bei einem Brande des Imperialhotels sind fünf Personen ums Leben gekommen. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt und man befürchtet, daß sich die Zahl der Opfer noch bedeutend erhöhen wird.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Laut.

Altensteig-Stadt

Am Freitag, den 17. Febr. 1933 findet auf dem Rathaus die alljährliche

Fortführungstagsfahrt

des Bezirksamts (nicht Feldbereinigungstagsfahrt!) statt.

Die Grund- und Gebäudeeigentümer werden darauf hingewiesen, daß etwaige Wünsche und Bedenken bezüglich der Vermessung und Katastrierung ihrer Grundstücke und Gebäude dem Fortführungsbeamten vorgetragen werden können.

Bürgermeisteramt: Pfizenmaier.

Altensteig-Stadt

Die ergänzten

Steuerbüchlein

können auf der Stadtpflege abgeholt werden.

Bürgermeisteramt: Pfizenmaier.

Ragold.

Bieh-Verkauf.

Morgen Freitag von morgens 9 Uhr ab habe ich einen fettschen Transport

schöne, trüchtige zum arbeiten
eröbnie

Kalbinnen

sonstige schönes Jungvieh

in meiner Stallung in Ragold zum Verkauf stehen, wozu Kauf- und Zuschlehhhaber einladet

Friedrich Rahn.

Vervielfältigungspapier

in bester Qualität
liefert preiswert die

Buchhandlung Lauk, Altensteig-Ragold

Berneck.

Reisig- und Beigholz-Verkauf.

Am Samstag, den 11. Febr. 1933, nachm. 2 Uhr, kommen im Gasthaus zum „Hirsch“ in Berneck zum Verkauf:

Aus Fichtwald, Abt. Mittl. und Ob. Neuberrain, Schilberg, Abt. Stockacher, Heidelbeerwäldle, Bullenrain und Schillod

2 Am. Buchene Scheller
12 Am. Buchen mit Nadelholz
57 Am. Nadelholzbruch
und 5 Flächenlose
Freiherrl. Rentamt.

Ein jüngeres

Mädchen

das auch melken kann, für kleinere Landwirtschaft sofort gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

LUGER Süßhe Seefische

heute eintreffend:

- Rabtau o. Kopf
- Schellfische o. Kopf
- Rabtau-Filet
- Stodfische
- grüne Heringe
- Bäcklinge



Mitglieder und Angehörige heute abend beim **Portragsabend** im „Grünen Baum“.

Altensteig.

Billige frische Seefische!



Schellfische o. Kopf
Cabliau-Filet
Bäcklinge

sind heute eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Inserieren

heißt

Interessieren



Interessieren Sie den Loserkreis dieser Zeitung für Ihre Waren und Erzeugnisse durch planmäßiges Inserieren.

Freie Schreiner-Innung des Bezirks Ragold.

Generalversammlung

Unsere findet am Sonntag, den 12. Februar 1933, nachmittags 2 Uhr in der Brauerei zur „Krone“ in Ragold statt.

- Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
 2. Kassenbericht.
 3. Wahlen.
 4. Verschiedenes.

Unsere Mitglieder laden wir zu recht zahlreichem Besuch herzlich ein. Der Ausschuß.

Hofstett-Zwernberg.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir beim Heimgang meiner lieben, unvergeßlichen Gattin, unserer lieben Tochter und Schwester

Christine Stoll

geb. Keppler

erfahren durften, sowie für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Wir bitten unsere Inserenten

Insetate frühzeitig, möglichst tags zuvor aufzugeben und sie nicht kurz vor Redaktionsschluss zu bringen, wie dies oft der Fall ist. Verspätet eingehende Insetate können nicht mit der gleichen Sorgfalt gesetzt werden, wie rechtzeitig eingehende, es liegt also im Interesse der Inserenten selbst

frühzeitig die Insetate aufzugeben!

